



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Frauenfeld, 19. Dezember 2024

Mitgliederversammlung vom 24. Oktober 2024

Protokoll

Ort: **Mehrweckhalle Sitterdorf**

Zeit: 19:15

Traktanden:

1. Begrüssung

Judith Kern eröffnet die Mitgliederversammlung und begrüsst die Anwesenden.

Speziell begrüsst werden: Albert Hugenmutter von der Europäischen Bewegung Schweiz und Ernst Ritzi, GRÜNE Thurgau

Entschuldigt aus der Geschäftsleitung sind Parteipräsidentin Marina Bruggmann (sie kommt später dazu), Regierungsrätin Sonja Wiesmann, Kantonsrätin Sandrine Nikolic-Fuss und Nationalrätin Nina Schläfli

Judith bedankt sich bei der SP Bischofszell für die Organisation der Versammlung und des Apéros.

2. Wahl der Stimmzähler:innen

Zur Wahl stehen: Aruleeswaran Jegatheeswaran, Gabi Hahn

Sie werden einstimmig bestätigt.

3. Protokoll Mitgliederversammlung

Protokoll vom 22. August 2024 wird an Yves verdankt. Es wird einstimmig per Akklamation angenommen.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

4. Parolenfassung zu den Vorlagen vom 24. November 2024

a. «Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen»

➤ *Contra: Ernst Ritzli, GRÜNE Thurgau*

Er war schonmal bei der SP. Als Präsi der Jungfreisinnigen. Er kämpfte gegen Strassen und hat die Abstimmung gegen alt-Regierungsrat Ueli Schmidlin verloren.

Es geht um 6 Autobahn-Projekte in der Schweiz. Es sind Erweiterungen und Kapazitätserweiterungen.

- Bern Wankdorf und Schönbühl: zwei zusätzliche Spuren
- Basel: Rhein-Tunnel
- St. Gallen: eine Röhre mehr (Rosenbergtunnel)
- Schaffhausen: eine Röhre mehr (Fäsenstaubtunnel)
- Genf: Erweiterungen

Abstimmungs-Botschaft:

- Es gäbe so und so viel Stau, und so sollte man es ausbauen
- Wenn man sich aber die Karte anschaut sieht man: Wenn dieser Verkehr so weiterwächst, kommen bei einem Ja nach 10 Jahren einfach mehr Staus dazu.

Er stellt die Argumente Befürworter:innen und der Gegner:innen-schaft vor. Speziell hält er heraus, dass die Vorlage bestehende Verkehrsprobleme nicht löst. Lösen mehr Strassen das Verkehrsproblem?

Es braucht einen grundsätzlichen Paradigmen-Wechseln in der Verkehrspolitik

Parolenfassung

Die SP Thurgau fasst einstimmig mit einer Enthaltung die Nein-Parole

b. «Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)»

- *Contra: Barbara Kern, SP Kreuzlingen*

c. «Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)»

- *Contra: Barbara Kern, SP Kreuzlingen*



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Barbara Kern beide Mietrecht-Vorlagen vor. Der Mieter kam immer mehr unter den Druck der immer stärker werdenden Immobilien-Lobby. Darum hat man als Vertretung der

Mieter:innen-schaft das Referendum ergriffen. Weiter geht sie auf den geschichtlichen Hintergrund ein.

Heute müsste man ein schriftliches Gesuch an den Vermieter schicken. Ausserdem gilt die Untermiete für maximal zwei Jahre. Ausserdem gibt es massive Einschnidungen beim Kündigungsschutz.

Neu soll auch der Eigenbedarf vereinfacht werden. Es soll nun gleich gehandhabt werden, wie eine übliche Kündigung.

Weitere Einschnidungen im Mietrecht sind bereits in Planung: Daher muss klar Nein gesagt werden zu beiden Vorlagen.

Fragen:

Michel Ketterle, SP Bezirk Münchwilen: Inwiefern sind WGs betroffen?

Barbara Kern: Es wird massiv mehr bürokratischen Aufwand verursachen. Die Untermiete wird so zur Hürde Mieter:innen.

Alex Granato, SP Bezirk Weinfelden: Es gibt für alle Mieter:innen Auswirkungen. Was wollen die Bürgerlichen den eigentlich bezwecken?

Barbara: Man unterstellt einen Missbrauch bei der Bereitstellung von AirBnBs, welcher so verhindert werden soll.

Monika Böhi, SP Bezirk Münchwilen: Was passiert bei einem Nein?

Barbara Kern: Der Kündigungsfrist

Edith Wohlfender, SP Kreuzlingen: Sie hat sich dazumals für ein Gesetz eingesetzt für eine Registrierungspflicht: Ein Vermieter muss der Stadt immer melden, wenn es einen Wechsel gibt, damit es keinen Missbraucht gibt. Es gibt bspw. die ganz Reichen. Man weiss sie leben in der Stadt, aber man weiss nicht wo. Der Missbrauch passiert nicht bei den «Kleinen». Das ist der eigentliche Missbrauch!

Dieses neue Gesetz widerspricht ihrem grundsätzlichen Konzept, wie man Wohnraum effizient nutzt, bspw. durch Wohngemeinschaften.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Parolenfassung

Die SP Thurgau fasst einstimmig die Nein-Parole zu beiden Vorlagen bei drei Enthaltungen.

- d. «Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)»
- Pro: Barbara Dätwyler, Kantonsrätin SP
 - Contra: Lukas Auer, Präsident Thurgauer Gewerkschaftsbund

Kantonsrat Turi Schallenberg, SP Weinfelden, macht die Einführung. Vor einem Jahr wurde das Referendum ergriffen. Vorlage möchte die unterschiedliche Finanzierungen vereinheitlichen. So, dass 73.1 Prozent über Krankenkasse gehen und 26.9% über den Kanton.

Barbara Dätwyler, Kantonsrätin SP, stellt vor, warum man ja stimmen sollte.

Wir haben ein sehr teures Gesundheitswesen, aber ein hoch qualitatives. Wir machen sehr vieles Stationär: das wäre nicht nötig und verursacht wenig nötige Kosten. Es ist attraktiver, in einem ambulanten Setting zu arbeiten. Man sollte die ambulante Medizin und Pflege fördern. Weiter soll man die Koordination im Gesundheitswesen fördern und für mehr Gerechtigkeit sorgen und Prämienzahlende entlasten.

Barbara Dätwyler ist dafür, weil jetzt endlich auch die Pflege in der Finanzierung aufgeführt ist.

Die Ja-Seite ist sehr gespalten durch alle Parteien hindurch und verschiedene Kantonalparteien.

Lukas Auer, SP, Präsident des Thurgauer Gewerkschaftsbundes, stellt die Gegenseite dar.

Das ist das Resultat nach 15 Jahren Arbeit? Und es ist ein Schlamassel, dass es jetzt in allen Parteien völlig umstritten ist

Jetzt werden 27 Prozent über Steuern bezahlt. Der Kanton nimmt sich komplett aus der Verantwortung und drückt es aber auf die Prämienzahlende. Es ist keine so grosse Entlastung für die Pflege. Wenn man EFAS annimmt, würden die Prämien im Kanton Thurgau noch ca. 3Prozent hochgehen.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Ausserdem würde man eine Blackbox schaffen. Man stellt eine Verwaltungsinstitution eingestellt, welche über die Prämien entscheidet. Für die Vorlage sind die Krankenkassen-Lobbyisten.

Fragen

Ronald Isler, SP Bezirk Kreuzlingen: Wenn Kantone aus der Finanzierung raus sind, wer hat Interesse, die Spitäler zu reduzieren?

Barbara: bis jetzt sind es vor allem die Gemeinde, die dann dafür zahlen. Die werden jetzt gemeint. Ausserdem sind immer noch zwei Partner an der Finanzierung beteiligt. Der Kanton hat immer noch die Hoheit bei sich. Die Kantone haben immer noch etwas zu sagen.

Turi Schallenberg, SP Weinfelden: es wird von drei Finanzierungsmodellen auf ein Modell reduziert. Mit der neuen Variante, sind bei allen Varianten beide Leistungserbringer:innen drin.

Edith Wohlfender, SP Kreuzlingen: Das Gesundheitswesen als Markt. Mit neuer Spitalfinanzierung ist vor allem die Spitalfinanzierung noch mehr entmachteter worden. Es werden vermutlich Sachen operiert, die nicht wirklich notwendig sind.

Die ambulanten Operationen sind viel schlechter finanziert als stationäre Operationen. Darum möchte man es jetzt umverteilen.

Langzeitpflege: es ist wichtig, dass es in der Vorlage ist. Sie sei sich aber nicht sicher, ob es zu einer Kostenreduktion führen würde.

Monika Böhi, SP Bezirk Münchwilen: Welcher Kostendeckel würde gestrichen werden?

Lukas: es geht um die Blackbox Spitex. Die müssen dann aushandeln. Dann würde die Pflegequalität darunter leiden.

Christian Koch, SP Matzingen: Sollte ein einheitliches System nicht zu mehr Friktionen führen? Er sieht so mehr Chancen.

Daniel Bachofen, SP Arbon: Wie sieht es bei Kosten aus, die die Gemeinden jetzt haben? Werden die Gemeinden entlastet?

Barbara: Das kommt auf den Kanton an und es ist nicht genau geregelt. Die Verhandlungen werden dann beginnen



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Marco Guideon, SP Kreuzlingen: Die Langzeitpflege wird mit zunehmendem Alter grösser. Im unteren Kreis sollte dann die Krankenkasse mehr übernehmen. Würden dann die Prämien nicht steigen?

Barbara: Das hätte dann aber nicht mit der Vorlage zu tun.

Dino Lioi, SP Bezirk Kreuzlingen: Die Vorlage stellt Privatisierung der Gesundheitskosten dar, darum nein!

Franco Bucca, SP Bezirk Kreuzlingen: der grösste Teil der Kosten gehen an den Kanton. Der kleinere geht an. Kassen. Der kleinste geht an die Pflege. Darauf hin hat man den Verteilschlüssel angepasst. Stimmt das?

Barbara: Das war der politische Kompromiss

Franco: Einsparungen 440 Mrd. ist das Schweizweit?

Barbara: Ja

Franco: Warum gibt es da die Wartefrist von 7 Jahre?

Barbara: Weil sich Kantone massiv gesträubt haben, die Kosten zu tragen

Michel Ketterle, SP Bezirk Münchwilen: Wie sind diese Kosten in Zukunft aufgeteilt und Tarife gesetzt? Wer spricht mit?

Barbara: Sie haben sich dafür eingesetzt, dass in Tarif-Fachgremium, dass es Partnerschaftlich ausgehandelt werden. Es ist nirgends genau aufgelistet.

Lukas: es ist nichts definiert, man hätte sich die Definition «paritätische Zusammensetzung» gewünscht.

Willy Schildknecht, SP Bischofszell: ihn hätten die Argumente der Ja-Seite mehr überzeugt. Jetzt hat man endlich einen Kompromiss. Bei einem Ja haben wir eine Lösung. Bei einem Nein würde er sie nicht mehr erleben.

Parolenfassung

Die SP Thurgau fasst mit 26 Ja zu 12 Nein und 6 Enthaltungen die Ja-Parole.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

5. Vorstellung der EBS Schweiz

Albert Hugenmatter stellt die EBS vor.

Jedes EU-Mitglied ist ein Sonderfall, der sich zusammengefunden hat zu einer Einheit von 27 Mitgliedstaaten. Mittendrin: ein kleiner Punkt. Die Schweiz. Sie kann es mit niemandem. Dies hat ihn motiviert, sich für die EBS zu engagieren.

Er erzählt den historischen Hintergrund der EU und der EBS. Man hat in der Ostschweiz etwa 150 Mitglieder.

Das Ziel der EBS ist der Beitritt zur EU, ein geeintes Europa. Albert Hugenmatters Ziel ist es, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen.

Wenn Verhandlungen gelaufen sind, werden sie die Kampagne organisieren, um über das Verhandlungsergebnis abzustimmen. In Europa organisieren die Veranstaltungen über ein bestimmtes Thema. Sie haben beispielsweise eine Veranstaltung mit der SP Graubünden organisiert.

Wir danken Albert Hugenmatter für die interessante Präsentation der EBS Ostschweiz.

Termine:

- Neu: SP Frauen Thurgau – Frauencafé (immer am letzten Samstag im Monat)
 - 30.11./28.12. von 10.00 -12.00 Uhr im Café Rhyhof in Frauenfeld
- Mandatsträger:innen-Treffen im Frohsinn, Weinfelden
 - 02. November, 09:15-12:00
- 16 Tage gegen Gewalt an Frauen (verschiedene Veranstaltungen im Kanton Thurgau)
 - 25. November - 10. Dezember
- Neujahrs-Apéro SP Thurgau
 - 09. Januar, 18:00 (Ort wird noch bekanntgegeben)
- Parteitag SP Thurgau
 - 24. April, 19:15 (Ort wird noch bekanntgegeben)

Mitteilungen:



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Apéro